

IRAN

„Die Euphorie war groß“



Der Teheraner Internetaktivist Peiman Aref, 31, der für seine Regimekritik mehrfach inhaftiert wurde und 74 Peitschenhiebe erhielt, über die Hoffnung auf ein Ende der Zensur

SPIEGEL: Facebook und Twitter sind in Iran verboten. Wie schaffen Sie es trotzdem, in den sozialen Netzwerken präsent zu sein?

Aref: Diese Medien geben uns Iranern das Gefühl, Weltbürger zu sein und an anderen Kulturen teilzuhaben. Unsere autoritären Machthaber sehen darin eine Bedrohung. Doch die staatliche Blockadepolitik lässt sich durch besondere Server umgehen, die man auch bei uns im Netz finden kann.

SPIEGEL: Damit machen Sie sich aber strafbar.

Aref: Im Zuge der Wiederwahl von Präsident Mahmud Ahmadinedschad war es 2009 zu Unruhen gekommen, bei denen die Netzwerke zur Organisation der Proteste eingesetzt wurden. Seither riskiert man bis zu einem Jahr Gefängnis, wenn man sich auf solchen Internetseiten bewegt. Viele politische Gefangene werden auch deswegen angeklagt, weil sie etwa Facebook genutzt haben. Trotzdem stehen wir Iraner wohl an erster Stelle bei der Internetnutzung im Mittleren Osten. Manche schätzen, dass bis zu 17 Millionen Iraner auf Facebook sind.

SPIEGEL: Am Montagabend waren die Sperren plötzlich aufgehoben.

Aref: Die Hoffnung auf eine grundsätzliche Öffnung hatten wir aber nur bis Dienstagmorgen. Dann teilte der Chef der Kommission für kriminelle Internetinhalte mit, dass die Filter aufgrund eines Defekts ausgefallen seien. Aber es gibt auch Gerüchte, nach denen eine liberale Gruppe in der Regierung die Netzwerke freigeben wollte, sich jedoch nicht durchsetzen konnte. Es ist nicht völlig abwegig zu glauben, dass diese kurze Öffnung ein Test war, um zu sehen, wie die Menschen reagieren. Und die Euphorie war groß. Eine Aufhebung der Blockade wäre wie ein Ende des Schleierzwangs.

SPIEGEL: Der neue Präsident, Hassan Rohani, unter dessen Namen es auch eine Facebook-Seite gibt, soll sich für eine gewisse Freizügigkeit einsetzen.

Aref: Ich kann mir echte Freiheit schwer vorstellen. Gewisse Kreise werden alles versuchen, eine Öffnung zu verhindern.

USA

Lauscher in der Uno

Die jährliche Vollversammlung der Vereinten Nationen, die zurzeit in New York tagt, macht der NSA üblicherweise viel Arbeit. Geheime Unterlagen zeigen, dass die amerikanische Spionagebehörde während der Sitzungswochen versucht, Delegationen auszuforschen. So berichtet der Geheimdienst in einem Dokument von 2011 über die Versuche, gemeinsam mit dem FBI die Kommunikation der



Uno-Vollversammlung 2012

Delegationen aus China, Kolumbien, Venezuela und Palästina zu überwachen. Neun Mobiltelefone und diverse E-Mail-Accounts der Palästinenser seien ausgespäht worden. Die Abgesandten waren nach New York gereist und hatten für einen eigenständigen palästinensischen Staat und die Aufnahme in die Weltgemeinschaft geworben. Einem weiteren Dokument zufolge hat die NSA schon 2012 ausgekundschaftet, über welche Informationen zum Syrien-Konflikt die Uno verfügt. Dazu habe der Nachrichtendienst eine Datenleitung angezapft und so einen „einzigartigen Zugang“ zum Leiter der Uno-Überwachungsmission in Syrien gewonnen. Die NSA beteuert auf Anfrage, sie betreibe lediglich geheimdienstliche Aufklärung wie andere Länder auch. Jetzt, bei der 68. Vollversammlung, wird vor allem die Rede des neuen iranischen Präsidenten Hassan Rohani mit Spannung erwartet.

RUSSLAND

Jagd auf die Mäzenin

Moskau lässt die russische Society-Größe Janna Bullock mit internationalem Haftbefehl suchen. Bullock war als Mäzenin des Guggenheim-Museums in New York bekannt geworden. Ihr Vermögen aber, so behaupten russische Ermittler, habe sie durch dubiose Immobiliengeschäfte in ihrer alten Heimat zusammengerafft. Mit ihrem damaligen Ehemann Alexej Kusnezow, einst Finanzminister der Region um Moskau, hatte sie 810 000 Hektar Land nahe der Hauptstadt erworben. Bullock und Kusnezow sollen den Staat dabei um umgerechnet mehr als 610 Millionen Euro geprellt und einen Großteil des Geldes über Offshore-Firmen ins Ausland transferiert haben, ehe sie sich selbst absetzten. Bullock bestreitet die Vorwürfe. Kusnezow wurde im Juli in Frankreich festgenommen, allerdings bisher nicht nach Russland ausgeliefert. Vor einem Gericht in Zypern versucht zudem die Gazprom-Bank, die zum staatlichen Energiegiganten Gazprom gehört, 21 Millionen Dollar zu erstreiten, die Bullock über drei angeblich mit ihr verbundene Firmen ins Ausland geschafft haben soll.

Allein 800 hohe Beamte wurden in diesem Jahr in Russland wegen Korruptionsdelikten festgenommen. Verschont bleibt, wer zu Wladimir Putins Vertrauten gehört. Der ehemalige Verteidigungsminister Anatolij Serdjukow beispielsweise, ein Gefolgsmann des Präsidenten, wird bisher lediglich als Zeuge in fünf Korruptionsverfahren gegen seine Geliebte befragt. Die Frau soll umgerechnet mehr als 70 Millionen Euro veruntreut haben.



Bullock